



# HESSISCHER LANDTAG

26. 06. 2024

## Kleine Anfrage

**René Rock (Freie Demokraten) vom 15.04.2024**

### **Verpflichtendes letztes Kita-Jahr – aktueller Umsetzungsstand und Antwort**

**Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales**

#### **Vorbemerkung Fragesteller:**

Im Koalitionsvertrag zwischen der SPD und der CDU wurde die Einführung eines verbindlichen letzten Kita-Jahres vereinbart. Bisher wurden konkrete Schritte seitens der Landesregierung zur Einführung sowie der praktischen Umsetzung ihrer Forderung nicht bekannt gegeben.

#### **Vorbemerkung Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:**

Vor dem Hintergrund, dass Kinder trotz eines vorherigen Kita-Besuchs oft nicht über genügend Deutschkenntnisse für einen Schulbesuch verfügen, wurden in Hessen bereits die Schulanmeldung per Gesetz vorverlegt und schulische Vorlaufkurse mit einer systematischen Sprachvermittlung und Deutschförderung durch Lehrkräfte landesweit und flächendeckend eingeführt.

Mit der bereits 1,5 Jahre vor Schuleintritt stattfindenden Anmeldung in der Grundschule ist eine Schuleingangsuntersuchung und eine Überprüfung der vorhandenen Deutschkenntnisse verbunden. So können Eltern frühzeitig auf einen ggf. vorliegenden Förderbedarf in der deutschen Sprache oder auch auf sonstige Besonderheiten z. B. im Bereich des Hör- und Sehvermögens hingewiesen werden. Kinder, bei denen im Rahmen der Schulanmeldung festgestellt wird, dass sie nicht über die für den Schulbesuch erforderlichen deutschen Sprachkenntnisse verfügen, besuchen dann in dem Schuljahr vor Schulbeginn verpflichtend einen schulischen Vorlaufkurs. Seit Einführung der Vorlaufkurse im Schuljahr 2002/2003 wurden über 215.000 Kinder in dieser Weise erfolgreich auf den Beginn der Schulzeit vorbereitet.

Mit dem Modellprojekt „Kita für Kinder beruflich Reisender“ ermöglicht das Land Hessen Kindern, die aufgrund der Reisetätigkeit ihrer Eltern keine reguläre Kindertagesbetreuung besuchen können, den Zugang zu frühkindlicher Bildung und Betreuung auf der Grundlage des Bildungs- und Erziehungsplan (BEP). In Kooperation mit dem Projektträger, EVIM Bildung Wiesbaden, besuchen Kita-Mobile die Familien an Festplätzen und Märkten in Hessen und schaffen mit ihrem aufsuchenden Angebot einen niedrigschwelligen Zugang zur Kita.

Die Vorbemerkung vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Minister für Kultus, Bildung und Chancen wie folgt:

- Frage 1 Mit welchen Maßnahmen stellt die hessische Landesregierung sicher, dass das letzte Kita-Jahr flächendeckend und verbindlich für alle Kinder umgesetzt werden kann?
- Frage 2 Welchen Zeitplan hat die Landesregierung für die vollständige Umsetzung dieser Maßnahmen vorgesehen?
- Frage 3 Auf welcher rechtlichen Grundlage plant die hessische Landesregierung die Einführung eines verbindlichen letzten Kita-Jahres?
- Frage 4 Wie viele zusätzliche Ressourcen, insbesondere Räumlichkeiten und Fachpersonal, braucht es für die Umsetzung
- Frage 5 Wie plant die Landesregierung sicherzustellen, dass insbesondere ausreichend zusätzliches Fachpersonal für die Umsetzung zur Verfügung steht?

Frage 6 Wie stellt die Landesregierung vor dem Hintergrund des Konnexitätsprinzips sicher, dass die Kommunen durch die Einführung eines verpflichtenden letzten Kindergartenjahres nicht zusätzlich finanziell belastet werden?

Die Fragen 1 bis 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet:

Die Landesregierung prüft derzeit, auf welche Weise vor dem Hintergrund der rechtlichen Rahmenbedingungen der besonderen Bedeutung des Übergangs zwischen Kita und Grundschule für den Bildungsverlauf am besten Rechnung getragen werden kann. Dabei sind sowohl das Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder nach Art. 6 Abs. 2 GG als auch die Autonomie der freien Träger als eines der zentralen Strukturprinzipien des deutschen Kinder- und Jugendhilferechts zu beachten. Konkrete Aussagen zur Umsetzung oder zu Konnexität können daher noch nicht getroffen werden.

Mit Stand 01.03.2023 besuchten schon rd. 94 % der hessischen Kinder das letzte Kindergartenjahr. Es ist daher in einem ersten Schritt zu eruieren, welche Merkmale die Gruppe der Kinder, die derzeit keine frühkindliche Bildungseinrichtung besuchen, auszeichnet und aus welchen Beweggründen sich Eltern gegen den Besuch einer Kindertagesbetreuung entscheiden, um daraus folgend eine passgenaue Ansprache und Adressierung für die Zielgruppe vornehmen zu können.

Ziel muss einerseits sein, Barrieren und Hemmnisse auf dem Weg zum Kita-Besuch abzubauen und gerade auch Familien in besonderen Lebenslagen und mit begrenzten Ressourcen den Zugang zu ermöglichen. Für bestimmte Zielgruppen, etwa die Kinder von beruflich Reisenden, braucht es darüber hinaus flexible auf die Lebenssituation angepasste Konzepte. Daher braucht es zuerst ein vertieftes Wissen über die Familien und ihre jeweiligen Bedarfe, damit möglichst zielgenau daran angesetzt werden kann.

Frage 7 Beabsichtigt die Landesregierung, die Kita als landesstaatliche Aufgabe zu transferieren?

Nein, es ist nicht beabsichtigt, landesstaatliche Aufgaben zu transferieren.

Frage 8 Wenn ja: Welche Auswirkungen hätte dies auf die Finanzierung und die Entscheidungsstrukturen der Träger?

Siehe Antwort zu Frage 7.

Wiesbaden, 14. Juni 2024

**Heike Hofmann**